



24.043

Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz. Änderung

Loi sur la protection de la population et sur la protection civile. Modification

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.24 (FORTSETZUNG - SUITE)

2. Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Vorlage B: Bestimmungen zum Koordinierten Sanitätsdienst, dem Koordinierten Verkehr und den kantonalen Notfalltreffpunkten sowie allgemeine Bestimmungen zum Zivilschutz)

2. Loi fédérale sur la protection de la population et sur la protection civile (Projet B: Dispositions relatives au Service sanitaire coordonné, à la coordination des transports et aux points de rencontre d'urgence cantonaux ainsi que dispositions générales relatives à la protection civile)

Art. 31 Abs. 7 Bst. a – Art. 31 al. 7 let. a

Präsidentin (Herzog Eva, Präsidentin): Wir setzen die Debatte über Artikel 31 fort.

Roth Franziska (S, SO): Das "12 zu 1 Stimmen" geht langsam dem Ende zu.

Mit diesem Minderheitsantrag wird die Ermächtigung des Bundesrates beibehalten, die Schutzdienstpflicht bei Bedarf zu verlängern. Bei der Totalrevision des BZG wurde die Dauer der Schutzdienstpflicht von 20 auf 12 Jahre verkürzt, mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf 14 Jahre durch den Bundesrat. Der Bundesrat hatte diese Verkürzung in der Botschaft vom 21. November 2018 damit begründet, dass die Alimentierung des Zivilschutzes mit einer Dauer von 12 Jahren gewährleistet sei. Wenn der Bundesrat jetzt der Ansicht ist, die Alimentierung des Zivilschutzes sei gefährdet, dann soll er weiterhin die Möglichkeit haben, die Dauer der Schutzdienstpflicht in dem Mass zu erhöhen, wie dies für die Alimentierung nötig ist. Dazu wird das Maximum von 18 Jahren auf jeden Fall reichen. Bis Ende 2020 galt eine Dauer der Schutzdienstpflicht von 20 Jahren. Eine Dauer von höchstens 18 Jahren ist also zumutbar.

Ich bitte Sie, hier der Minderheit zu folgen.

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Die Mehrheit der Kommission beantragt die Ablehnung des Antrages der Minderheit Roth Franziska. Es ist nicht gerechtfertigt, die Dienstpflichtdauer für Zivilschutzangehörige noch weiter zu verlängern.

AB 2024 S 821 / BO 2024 E 821

Zivilschutzpflichtige Arbeitskräfte würden der Wirtschaft für zusätzliche Jahre entzogen; die Dienstpflicht dauert für Zivilschutzangehörige heute schon länger als für Angehörige der Armee und Zivildienstleistende. Zudem werden Zivilschutzangehörige durch die Zahlung von Wehrpflichtersatzabgaben bereits belastet. Im Weiteren ist es sinnvoller und gerechter, die Dienstpflicht auf mehr Schultern zu verteilen, statt die bereits eingeteilten Zivilschutzangehörigen mit einer noch längeren Dienstpflicht zu belasten.

Im Rahmen der letzten Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes wurde die Dauer der Dienstpflicht im Zivilschutz an diejenige im Militär- und Zivildienst angepasst. Mittlerweile wurde dies durch die erneute Verlängerung der Dienstpflicht auf 14 Jahre teilweise rückgängig gemacht. Es ist nicht zu rechtfertigen,



die Schutzdienstleistenden im Vergleich mit den Angehörigen der Armee und den Zivildienstleistenden noch schlechter zu stellen.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Roth Franziska abzulehnen.

Amherd Viola, Bundespräsidentin: Ich habe mich im vorherigen Votum bereits dazu geäußert und bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.043/6830)

Für den Antrag der Mehrheit ... 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 9 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 34 Abs. 1bis; 35 Abs. 3, 4; 41; 45 Abs. 2; 46 Abs. 4; 47 Abs. 4; 49 Abs. 1, 1bis, 1quater, 4–6; 54 Abs. 2 Bst. c, 5; 71 Abs. 3; 75 Bst. d; 76 Abs. 1 Bst. d, 4; 91 Abs. 1 Bst. d; 93 Abs. 4; Ziff. II, III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 34 al. 1bis; 35 al. 3, 4; 41; 45 al. 2; 46 al. 4; 47 al. 4; 49 al. 1, 1bis, 1quater, 4–6; 54 al. 2 let. c, 5; 71 al. 3; 75 let. d; 76 al. 1 let. d, 4; 91 al. 1 let. d; 93 al. 4; ch. II, III

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Änderung anderer Erlasse

Modification d'autres actes

Ziff. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.043/6831)

Für Annahme des Entwurfes ... 38 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Präsidentin (Herzog Eva, Präsidentin): Das Geschäft geht an den Nationalrat.